

Osttiroler Heimatablätter

Heimatkundliche Beilage des „Osttiroler Bote“

37. Jahrgang

Donnerstag, 24. April 1969

Nummer 4

Dr. Michael Forcher

Vor fünfzig Jahren

2. Teil

Wollten die Osttiroler wirklich zu Kärnten oder zu Salzburg?

In Osttirol sah man 1919 der Zerreißung Tirols mit größter Sorge entgegen.²⁰⁾

In dieser kritischen Situation hatte sich der Bezirk eine eigene Körperschaft geschaffen, welche die öffentlichen Angelegenheiten in ihre Hände nahm: den „Lienzer Nationalrat“, auch „Bezirksnationalrat für Osttirol“ genannt. Diese Vertretung der Osttiroler Bevölkerung setzte sich aus Politikern aller Parteien und aus Abgeordneten der wichtigsten Gemeinden zusammen. Bis in den Jänner war der Lienzer Nationalrat praktisch alleinverantwortlich für die Verwaltung des Bezirkes, für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Anfang November durch die zurückströmenden Truppen ernsthaft gefährdet war, für die Lebensmittelversorgung, für die Verkehrsverbindungen und andere öffentliche Belange.²¹⁾ Im Jänner 1919 tagte diese Körperschaft dann seltener, am 22. Feber konnte sie ihre Tätigkeit wieder einstellen.²²⁾

Heute — nach 50 Jahren — klingt in unseren Ohren die Bezeichnung Osttiroler oder Lienzer „Nationalrat“ gewiß etwas sonderbar. Man denkt dabei unwillkürlich an seperatistische Tendenzen. Hatte dieser Nationalrat vielleicht etwas zu tun mit den Bestrebungen, den Lienzer Bezirk von Tirol loszulösen? Wie war das Verhältnis zu den Staats- und Landesbehörden in Wien und Innsbruck? Ein Schreiben des Bezirksnationalrates vom 2. Dezember an den Tiroler Nationalrat in Innsbruck gibt darüber Auskunft:

„Sofort bei Beginn des Rückzuges der Truppen hat sich für den Bereich der Bezirkshauptmannschaft in Lienz ein Nationalrat aus allen Parteien und Kreisen der Bevölkerung gebildet. Diesem Nationalrat wurden sämtliche Ämter und noch vorhandenen militärischen Dienststellen untergeordnet. Durch diese einheitliche Zusammenfassung aller Behörden war es möglich, in den vergangenen schweren Wochen trotz vollkommener Absperrung von der Außenwelt Ruhe und möglichste Ord-

nung aufrecht zu erhalten und zahlreiche, durch die Truppen zurückgelassene Güter vor Beraubung und Verderb zu bewahren. Durch Aufrechterhaltung einer regen Verbindung mit den italienischen Kommandanten konnte der Nationalrat auch die Bewohner der besetzten Gebiete vor unnötigen Hrten schtzen.“ Man verwahrt sich im weiteren entschieden dagegen, daß sowohl Wien wie auch Innsbruck „wohl in Unkenntnis der hiesigen Lage, mit Umgehung des Nationalrates, ‚ordnend‘ in unsere Verhältnisse“ laufend eingreifen. „Wir halten es daher für nötig mitzuteilen, daß kein Amt und keine Amtsperson im hiesigen Bezirk Verfügungen öffentlicher Natur ohne Zustimmung des Nationalrates treffend darf und wir auch die Macht besitzen, gestützt auf das allseitige Vertrauen der Bevölkerung, jeden Widerstand im hiesigen Bezirk zu brechen...“ Betont wird in diesem Schreiben ausdrücklich, daß man in den „inneren Amtsgang“ der Behörden nicht eingreifen werde und daß sich der Nationalrat auflösen werde, wenn wieder „vollkommen klare und geordnete Verhältnisse“ eingetreten seien. Zum Schluß heißt es: „Wir haben selbstverständlich das aufrichtige Bestreben, den Absichten des Tiroler Nationalrates und der Staatsregierung hier bestmöglichen Nachdruck zu verleihen, was aber nur möglich ist, wenn alle Verfügungen... durch den Nationalrat laufen, da die oft gegensätzlichen Anordnungen von Wien und Innsbruck hier nur Verwirrung schaffen und ohne unsere Zustimmung keine Aussicht auf Durchführung haben.“²³⁾

Diesen Brief, der eine deutliche Sprache spricht, nimmt der Lienzer Rechtsanwalt Dr. Josef Mayr, deutschfreiheitliches Mitglied des Gemeindeausschusses, zum Anlaß, gegen den Bezirksnationalrat zu polemisieren. Obwohl er sicher nicht die Mehrheit der Bevölkerung vertritt, ist auch seine Meinung, geäußert in einem Brief an Vizebürgermeister Rohracher, der im Nationalrat führend tätig ist, interessant:

Zunächst spricht Dr. Mayr von Ueberheblichkeit und Größenwahn dieses „angeblichen“ Bezirksnationalrates und schreibt dann: „Die Herren, die sich Nationalrat nennen, ... haben sich ... aus eigener Willkür und eigenem Gutdünken einen Wirkungskreis ohne jede gesetzliche Grundlage beigelegt. Sie sind eine reine Privatgesellschaft, setzen sich aber ... gleichsam als Direktorium einer eigenen Republik des Bezirkes Lienz ein, oder sollte sich darunter einer befinden, der glaubt, wenn er den Zweispitz berecks aufsetzt, wäre er gleich ein Napoleon oder mindestens ein Danton oder Robespierre? Vorderhand haben sich die Herren selbst ... durch eigenen Eid dem deutschsterr. Staate unterworfen und daher müssen für sie wie für jeden anderen Staatsbürger ... die Gesetze dieses Staates gelten.“ Entsprechend der Gesetzen betreffend die Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern sei aber die Bezirkshauptmannschaft Lienz, das Bürgermeisteramt Lienz und die Gemeindevorstellungen die einzigen Lokalbehörden. „Jeder freie republikanische Bürger muß sich auf das Entschiedenste dagegen verwahren, daß einige Herren sich herausnehmen, sich behördliche Macht anzueignen... Ein Gebahren dieser Art wäre die Gründung einer eigenen Zwergrepublik, der Bezirkshauptmannschaft Lienz...“ Im übrigen sei auch der „sogenannte“ Tiroler Nationalrat in Innsbruck nichts anderes als eine Privatgesellschaft. Der Lienzer Gemeindeausschuß dürfe deshalb dem Lienzer Nationalrat nicht willfährig sein und ihm keine Geldmittel zur Verfügung stellen. Er solle allein mit der Bezirkshauptmannschaft oder mit der Landes- und Staatsregierung verkehren.²⁴⁾

Dies sind nun freilich harte Vorwürfe gegen den Osttiroler Nationalrat, die diesen jedoch ganz zu unrecht treffen. Denn diese Körperschaft hatte sich spontan zur Abwendung großen Unheils gebildet, sie besaß tatsächlich das Vertrauen des größten Teils der Bevölkerung, für welche sie se-

gensreich wirkte. Auch hatte sich der Bezirksnationalrat, wie schon bei seiner Gründung betont worden war, offiziell dem Tiroler Nationalrat in Innsbruck, der sich aus gewählten Volksvertretern zusammensetzte, unterstellt. Der Bezirksnationalrat hatte im übrigen auch nichts zu tun mit jenen Tendenzen, die sich im Spätherbst 1918 in Lienz bemerkbar machten und die auf eine Abtrennung Osttirols von Tirol abzielten, obwohl gerade Vizebürgermeister Rohrer, der den Nationalrat mitbegründet hatte und in ihm führend tätig war, die Diskussion über diese Frage auslöste. Überhaupt spielten die Deutschfreiheitlichen im Nationalrat — entsprechend ihrer führenden Stellung in Lienz — eine wichtige Rolle. Auch der Vorsitzende des Nationalrates, Oberbaurat Ing. Suske, gehörte dieser politischen Richtung an. Andererseits war gerade der zitierte Nationalrats-Gegner Dr. Mayr einer der eifrigsten Befürworter eines Anschlusses an Kärnten, wie sich am 4. März 1919 noch zeigen sollte.²⁵⁾

Im Feber 1919 war die Isolierung des Bezirkes Lienz endgültig überwunden, halbwegs geordnete Verhältnisse waren wieder eingekehrt, der Nationalrat konnte sich auflösen. Aber das Schicksal Tirols war weiterhin ungewiß.

Bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vom 16. Feber wurde neuerlich die überwältigende Mehrheit der Tiroler Volkspartei in ganz Tirol bestätigt. Die Sozialdemokraten konnten Stimmen gewinnen, die großen Verlierer waren die Deutschfreiheitlichen. Im Bezirk Lienz sah es nicht anders aus.

In der Stadt Lienz bedeuteten diese Wahlen für die ehemals beherrschende Deutschfreiheitliche Partei ein Waterloo: Sie erhielt nur 518 Stimmen, während die früher kaum bemerkbaren Christlichsozialen und Konservativen als Tiroler Volkspartei 1218 Stimmen erringen konnten. Die stärkste Partei in Lienz war die Sozialdemokratische geworden: 1369 Stimmen.²⁶⁾ Natürlich änderte diese Wahl für eine gesamtösterreichische Körperschaft nichts am Mandatsverhältnis im Gemeindeausschuß, wo nach wie vor die Deutschfreiheitlichen die absolute Mehrheit besaßen.

Was die verschiedenen Bemühungen um die Zukunft Tirols betrifft, so huldigten selbstverständlich die Parteienvertreter in Osttirol denselben Anschauungen, wie die jeweiligen Parteizentralen in Innsbruck. Nur waren hier die Deutschfreiheitlichen — im Gegensatz zu maßgeblichen Parteikreisen in Innsbruck — gegen jedes Festhalten an Sonderrechten und Selbstregierung und forderten ein Aufgehen Tirols in einem großen Bayern. Besonders Dr. Mayr richtete diesbezüglich heftige Polemiken gegen Nordtiroler Parteifreunde und gegen die freiheitlichen „Innsbrucker Nachrichten“.²⁷⁾

Fürchteten die Deutschfreiheitlichen überhaupt eine „klerikale“ Herrschaft in einem selbständigen Tirol,²⁸⁾ so mußte vollends die eigenwillige Osttiroler Gruppe dieser Partei erkennen, daß ihr Ziel im Verbands Tirols nicht erreichbar war. Die Volkspartei — im Parteijargon stets „Klerikale“ genannt — war dafür zu stark und ihre Stellung war durch die jüngsten Wahlen — zumindest moralisch — noch gestärkt worden; mit der deutsch-

freiheitlichen Opposition im Landhaus war man auch nicht völlig einer Meinung.

In dieser Situation benützten die Osttiroler Deutschfreiheitlichen ihre Vormachtstellung im Lienzener Gemeinderat, um der Verwirklichung ihres Traumes einen Schritt näher zu kommen.²⁹⁾

In der Gemeindeausschußsitzung vom 4. März 1919 bringt der deutschfreiheitliche Gemeinderat Flögl eine dringende Petition zur Beratung und Beschlußfassung ein; betreffend die Selbständigkeit Tirols und die Abtrennung des Bezirkes Lienz von Tirol, wenn diese Selbständigkeit erklärt würde. „Mit dieser Petition wurde der Gemeindeausschuß förmlich überrumpelt und gaben dieser Anschauung auch die Vertreter der Tiroler Volkspartei Ausdruck...“, schreiben die „Lienzener Nachrichten“. Nicht nur die Volkspartei, auch der gemäßigt deutschfreiheitliche Bürgermeister Oberhuber, dem die Petition vorher nicht bekannt gewesen ist, widersetzen sich einer überhasteten Beratung und Beschlußfassung über eine so wichtige Frage. Außerdem meinen die Volkspartei-Vertreter, deren Wortführer Gemeindeausschußmitglied Henggi ist, der Lienzener Gemeinderat habe gar nicht das Recht, für den Bezirk Lienz zu sprechen. Als trotz ihres Widerstandes und gegen den Willen des Bürgermeisters eine sofortige Beschlußfassung durchgesetzt wird, verlassen sie die Sitzung, wodurch jedoch der Gemeindeausschuß nicht beschlußunfähig wird. Nachdem auch die Vorbehalte der Sozialdemokraten (Wortführer Idl) zerstreut worden sind — im übrigen waren die Sozialdemokraten einem Anschluß an Kärnten nicht abgeneigt, wurden in dieser Frage aber nie initiativ —, können Mandatare, die zu diesem Zeitpunkt — wie die eben erst durchgeführten Wahlen gezeigt haben — nur mehr eine Minderheit der Lienzener Bevölkerung vertreten, eine Resolution durchsetzen, die heute noch vielfach als damalige Meinung der Osttiroler angeführt wird:

Im ersten Punkt begrüßt „der Gemeindeausschuß von Lienz“ die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Freiheit Südtirols und stellt sich gegen eine Selbständigkeit Tirols, wie sie von den „Klerikalen“ gewünscht werde. Dann wendet sich die Entschliebung gegen den — auch von den Nordtiroler Deutschfreiheitlichen angestrebten — Anschluß Tirols an das Deutsche Reich als selbständiger Bundesstaat, was als „Kleinstaaterlei“ bezeichnet wird. Drittens wird eigens betont, daß jedwede Selbständigkeit Tirols das „größte Unglück“ für das Land sei, weil in diesem Falle die klerikale Herrschaft in Tirol auf ewig gefestigt und freisinnige Bestrebungen auf ewig unterdrückt bleiben.“

Im vierten Punkt heißt es dann wörtlich: „Der Gemeindeausschuß erachtet, daß in dem Falle, als die Konstituierung Tirols als selbständiges Bundesland angestrebt würde, der Gemeindeausschuß von Lienz verpflichtet sei, die Lostrannung des Lienzener Bezirkes von Tirol und die Vereinigung desselben mit Kärnten, welches Land hoffentlich den Gedanken eines selbständigen Bundeslandes nicht zu dem seinen machen wird, anzustreben. Sollte aber der Bezirkshauptmannschaftssprengel Spittal und der Gerichtsbezirk Kötschach für die Abtrennung von Kärnten zu gewinnen sein, so wird gemeinsam mit diesen Sprengeln

die Vereinigung mit Salzburg, welches Land hoffentlich auch keine Neigung hat, das alte selbständige Fürstentum der toscanischen Zeit wieder zu errichten, und die Vereinigung dieses vergrößerten Salzburg mit dem Bundesstaate Bayern mit allen Kräften angestrebt werden...“

Der Bürgermeister wird beauftragt, im Sinne dieser Entschliebung Schritte zu unternehmen³⁰⁾. An die Regierung in Wien wird eine dementsprechende Resolution abgesandt.³¹⁾

Zur Rechtfertigung der in der Resolution bekundeten Bestrebungen werden wieder geographische und historische Fakten aufgezählt, wobei sich die Todfeinde der „Klerikalen“ nicht scheuen, die bis ins 19. Jahrhundert bestehende Kirchenverwaltung als Argument zu verwenden. Das Schwergewicht der Begründung bildet aber der wirtschaftliche Gesichtspunkt: In Gebirgsgegenden sei die Viehzucht maßgebend und hier könne man bemerken, daß sowohl in Salzburg, wie auch in Osttirol und in Oberkärnten — anders als in Innertiro, im oberen Pustertal und im übrigen Kärnten — die Pinzgauer rasse vorherrsche. „Die beiden Bezirkshauptmannschaften Spittal und Lienz mit dem Gerichtsbezirk Kötschach bilden mit dem Lande Salzburg ein durch die gemeinsame Viehrasse geeintes Wirtschaftsgebiet und gehören daherschon aus diesem Grunde zusammen.“

Auch andere Gemeinsamkeiten werden angeführt: In der Tauernbahn sei „eine direkte Verbindung zwischen Salzburg und Spittal geschaffen worden und dadurch sind die Interessen der Bezirke Spittal und Lienz auch noch in anderen Beziehungen, insbesondere in der Fremdenindustrie, zu ihrer Befruchtung hauptsächlich nach Salzburg und den Gasteiner Bädern als Zwischenpunkt angewiesen.“ Insbesondere für Lienz und Windisch-Matrei wäre eine solche Verbindung insofern vorteilhaft, als sie allein die Ausführung der Iseltalbahn nach Windisch-Matrei und einer Felbertauernstraße nach Mittersill doch vielleicht noch einmal in greifbare Sicht stellen könnte...³²⁾

Die Tiroler Volkspartei lehnt diese Resolution ab und hält daran fest, daß Osttirol ein Bestandteil des selbständig zu erklärenden Landes Tirol sei und daß man im übrigen die endgültige Friedensregelung abwarten müsse. Auch prangern die „Lienzener Nachrichten“ das undemokratische Zustandekommen des Gemeindeausschußbeschlusses an.³³⁾

Die nun nach fast vier Jahren wieder ins Leben gerufene deutschfreiheitliche „Lienzener Zeitung“, ein Organ J. A. Rohrers, sieht sich veranlaßt, im typisch polemischen Stil der Zeit³⁴⁾ gegen die „Tiroler Volkspartei“ loszuziehen: „Die Christlichsozialen sind in hellste Raserei darüber geraten, daß sich der Lienzener Gemeindeausschuß dem Zwingsuri, das sie in Tirol durch die Selbständigkeitserklärung des Landes errichten wollen, nicht auf Gnade und Ungnade unterwerfen und ihren Gelehrerhut nicht sklavenmäßig ansetzen will.“³⁵⁾

Aus dieser Äußerung geht eindeutig hervor, daß die Gründe für die deutschfreiheitlichen Abtrennungsbemühungen in erster Linie politischer Natur waren. Auch noch so viele vorgebrachte Beteuerungen, es gehe lediglich um das wirtschaftliche

Wohl des Bezirkes, können das Gegenteil nicht beweisen.³⁶⁾

Dazu kommen die eindeutig politisch bestimmten Formulierungen der Resolution vom 4. März 1919, vor allem in Punkt 3 und 4. Außerdem hat Dr. Mayr in der umstrittenen Sitzung des Gemeindeausschusses den „Volksparteilern“ gegenüber neben anderen auch eindeutig parteipolitische Motive (z. B. Propaganda) gegen die von den Deutschfreiheitlichen gestartete Aktion genannt. So erklärte er u. a.: „Den vorliegenden Antrag werden wir veröffentlichen, damit festgestellt wird, daß es außer den Sozialdemokraten noch Leute gibt, die ein ganzes Reich wollen.“³⁷⁾

Die Deutschfreiheitlichen ihrerseits werfen der Tiroler Volkspartei vor, sie wolle nur aus parteipolitischen Erwägungen die wirtschaftlichen und sonstigen Vorteile einer Verbindung Osttirols mit Salzburg und Bayern nicht zugeben; dies würde erst anders kommen, wenn Südtirol verloren gehen sollte: „Heute aber hoffen sie noch, das Land Tirol in allen seinen Teilen bis nach Chriesant in der geplanten klerikalen Zwangsburg Tirol erhalten zu können und darum stellen sie sich so, als ob sie den Vorteil eines Anschlusses an Salzburg und Bayern nicht zu erkennen vermöchten.“³⁸⁾

Polemiken und gegenseitige Vorwürfe beherrschten in diesen Wochen die Zeitungen. Es ist heute nicht möglich — und auch gar nicht notwendig — ein eindeutiges positives oder negatives Urteil über das Wollen und die Motive der damals führenden Persönlichkeiten abzugeben. Einmal kann man als sicher annehmen, daß alle Politiker bestrebt waren, als richtig erkannte oder angesehene Grundsätze in ihrem Wirkungsbereich durchzusetzen. Dies ist nicht zu verurteilen, auch wenn diese Grundsätze politischer, parteipolitischer Natur waren, die Parteipolitik soll ja der Öffentlichkeit dienen. Nur eigennützige Motive, die nicht das Wohl der gesamten Bevölkerung im Auge haben, sondern das einer Partei, einer Gruppe oder einer Person, sind zu verwerfen. Solche den Politikern von 1919 unterschieben zu wollen, wäre aber eine Anmaßung und historisch keineswegs zu rechtfertigen. Der Historiker hat Fakten darzulegen und kann ein Urteil nur fällen, sofern es sich auf diese objektiven Tatsachen und nicht auf subjektive Spekulationen stützt.

Vage Hoffnung, Unsicherheit und Verzweiflung kennzeichnen die Lage. Man wußte meist auch innerhalb der Parteien nicht recht, was man wirklich tun sollte. Die Fronten der Meinungen verliefen mitten durch politische Parteien. Dies sollte sich später auch in der Tiroler Volkspartei auswirken. Zunächst war jedoch die Deutschfreiheitliche Partei in eine ernste Krise geraten:

Der Vorstoß im Lienzener Gemeinderat hatte vielfach ein ungutes Gefühl ausgelöst. Manches war nämlich zweideutig formuliert und konnte verschieden ausgelegt werden. So batnte Dr. Mayr, die Resolution solle lediglich dahin führen, daß Besprechungen zu dieser Frage aufgenommen würden.³⁹⁾ Andererseits enthielt der Beschluß eine unmißverständliche Forderung. Weiters heißt es, daß Osttirol sich nur dann von Tirol löstrennen solle, wenn die Selbständigkeit des Landes durchgesetzt würde.

Wie verträgt sich dies aber mit den angeführten wirtschaftlichen Überlegungen? Hätte man zugunsten eines nicht selbständigen Tirol auf wirtschaftliche Vorteile verzichtet? Dies widerlegt wieder Rohrachner in seiner „Lienzer Zeitung“ indem er betont, auch wenn Gesamtösterreich sich ohne Sonderrechte an Bayern anschließen würde, werde man innerhalb Bayerns solche Provinzgrenzen fördern, die Osttirol und Oberkärnten mit Salzburg zusammenschließen.⁴⁰⁾

War es unter den Osttiroler Deutschfreiheitlichen schon zu Differenzen zwischen Dr. Mayr und J. A. Rohrachner wegen der Tätigkeit des Lienzener Nationalrates gekommen, so gab es nun neue Schwierigkeiten: Der deutschfreiheitliche Bürgermeister Oberhuber war durch die zwar formal unanfechtbare, aber ihrer Gesinnung nach wenig demokratische Vorgangsweise seiner radikalen Parteifreunde überrumpelt und völlig übergangen worden. Oberhuber „befindet“, wie er in einem Brief erklärt, „daß diese Angelegenheit trotz seines Einspruchs in einer Weise erledigt wurde, die ihn für die Tragweite dieses Schrittes nicht vereinbarlich erscheint, umso mehr, als die Deutschfreiheitliche Partei heute nicht mehr berufen erscheint, das Sprachrohr für die Mehrheit der Stadtbewohner zu bilden.“ Oberhuber zieht die Konsequenzen und erklärt am 10. März 1919 seinen Rücktritt als Bürgermeister und seinen Austritt aus der Deutschfreiheitlichen Partei.⁴¹⁾

In der Innsbrucker Parteizentrale der Deutschfreiheitlichen gab es auch mehrere Gruppen mit unterschiedlichen Meinungen. So kam es auch zwischen Innsbruck und Lienz immer wieder zu innerparteilichen Reibungen, was vielleicht mit zur Anti-Innsbruck-Haltung beitrug. Dr. Mayr beschimpfte in kräftigsten Ausdrücken die freiheitlichen „Innsbrucker Nachrichten“, diese wieder meinten, die Bestrebungen der Lienzener zielten eher auf eine Zerteilung als auf die geforderte Zentralisierung hin.⁴²⁾ Dagegen schickte die Landesleitung der Deutschfreiheitlichen Partei einen Glückwunsch nach Lienz: „Wir beglückwünschen den Lienzener Gemeinderat und die Lienzener Bevölkerung zu dieser... bedeutsamen und ins Gewicht fallenden Kundgebung.“⁴³⁾

Nun, sehr ins Gewicht fallend war diese Erklärung auch wieder nicht. Sie hat am Lauf der Ereignisse nichts geändert. Wie wenig der weitaus größte Teil der Osttiroler Bevölkerung vom deutschfreiheitlichen Wahlspruch „Der kürzeste Weg nach München führt nicht über Innsbruck, sondern über Salzburg“⁴⁴⁾ hielt, wie sehr diese Partei an Ansehen verloren hätte, zeigten die folgenden Wahlen, als sowohl bei den Tiroler Landtagswahlen wie auch bei den Gemeinderatswahlen die Tiroler Volkspartei in Stadt und Land als Siegerin hervorging; auch die Sozialdemokraten, die sich in der Kärntner bzw. Salzburger Frage nie exponiert aber doch mitgemacht hatten, konnten ihren Erfolg vom Feber nicht wiederholen.

Als am 15. Juni 1919 bei den Wahlen zum Tiroler Landtag die Tiroler Volkspartei in der Stadt Lienz ihre Stimmzahl gegenüber Feber um fünf erhöhen konnte (1223), obwohl keine Wahlpflicht bestand und

die Deutschnationalen (388) wesentlich verloren, war die Volkspartei zur stärksten Gruppe in Lienz geworden. Die „Lienzer Nachrichten“ frohlocken: „Lienz, die schöne Stadt, die Stamm- und Hochburg des Freisinn und das mühelos erhoffte Erbe der Sozialdemokraten ist — schwarz geworden.“ Die „Lienzer Zeitung“ dagegen zitiert die „Innsbrucker Nachrichten“, die meinen, das — gesamtösterreichisch für die Volkspartei noch günstigere — Wahlergebnis sei „kein Vertrauensvotum für die (siegreiche) Partei — eher ein Mißtrauensvotum für die Sozialdemokratie“. Der Erfolg wäre nicht möglich gewesen, „wenn der christlichsozialen Agitation nicht einerseits das totale Versagen der sozialdemokratischen Regierungskunst und andererseits der jedes Maß und Ziel vernünftiger Reformen leichtfertig außerachtlassende Hyperradikalismus der von Wien aus die Länder terrorisieren wollenden geistig impotenten Volksbeglucker zu Hilfe gekommen wäre.“ Die „Lienzer Zeitung“ sieht zwar die kommende Überlegenheit der Tiroler Volkspartei auch in der Lienzener Gemeindestube voraus, will aber natürlich nicht einsehen, daß gerade die — offensichtlich wirklich unpopulären — Abspaltungsbemühungen der regierenden Deutschfreiheitlichen mit dafür ausschlaggebend gewesen sind.⁴⁵⁾

Am 18. November 1919 ist es dann soweit: Bei den Gemeinderatswahlen erhalten: die Volkspartei 1215, die Sozialdemokraten nur mehr 947 und die Deutschfreiheitlichen 542 Stimmen, was für die letzteren gegenüber den Landtagswahlen ein kleines Plus bedeutet (was auch gebührend gefeiert wird). Von den 28 Mandaten zur Lienzener Gemeindevertretung eroberte somit die Tiroler Volkspartei zusammen mit den „bürgerlich Gewerbetreibenden“ 13 Sitze (1912 hatten die Christlichsozialen nur ein einziges Mandat inne gehabt); die Sozialdemokraten sichern sich 10 Mandate; die 30 Jahre lang alles beherrschenden Deutschfreiheitlichen (1912: 19 Mandate) müssen sich mit 5 Vertretern zufriedengeben. Zum Bürgermeister von Lienz wird der Altbürgermeister Rohrachner gewählt, der seit dem Rücktritt Oberhubers dieses Amt interimistisch geleitet hat.⁴⁶⁾ Die Wahl Rohrachners ist durch eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Deutschfreiheitlichen ermöglicht worden. Fast steht jedoch: Johann Anton Rohrachner war zweifellos eine von allen geachtete und respektierte und deshalb auch als Stadt- oberhaupt akzeptierte Persönlichkeit.

Inzwischen war das Schicksal Tirols entschieden worden. Alle Bemühungen um die Einheit Tirols, alle Appelle an das vom amerikanischen Präsidenten Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker verhallten ungehört. Macht ging vor Recht. Italien erhielt, wie längst versprochen, Südtirol. Die österreichische Delegation in Paris, in die auch Tiroler Vertreter aller drei Parteien aufgenommen worden waren, wurde praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt. Es konnte auch nichts mehr nützen, daß Anfang Mai der Tiroler Nationalrat in Innsbruck gegen den Willen der Regierung in Wien die Selbständigkeitserklärung Tirols beschloß, wenn dadurch Südtirol gerettet werden könnte. Jetzt stimmten auch die Deutschfreiheitli-

chen diesem letzten Ausweg zu. Doch es war längst zu spät.⁴⁷⁾

Kein Tiroler könnte jedoch glauben, daß mit der Unterzeichnung des Friedensdikta-tes die Tiroler Landeseinheit endgültig verloren sein sollte. Seiner Selbständigkeits-erklärung vom Mai 1919 hatte der Tiroler Nationalrat hinzugefügt, daß im Falle einer Abtrennung Südtirols sich der Rest des Landes an Deutschland anschließen müsse. Im Sinne dieser Entschliebung traten dann auch tatsächlich maßgebliche Kreise der Tiroler Volkspartei für den Anschluß Tirols an Bayern ein. Man war jetzt vielfach der Überzeugung, daß nur mehr Verhandlungen zwischen Deutschland und Italien bezüglich Südtirol etwas erreichen könnten.⁴⁸⁾ Außerdem hielten weite Kreise der Bevölkerung und der größere Teil der Politiker einen Anschluß Österreichs an Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig. Doch die Siegermächte ließen dies nicht zu. Der Reststaat Österreich, an dessen Lebensfähigkeit kaum einer glaubte, dieser Staat ohne Mittel, wider Willen, stand vor dem Ruin; Not, Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit nahmen immer katastrophalere Formen an.

Doch es gab auch Politiker, die an dieses Österreich glaubten. In der Tiroler Volkspartei stand Prälat Dr. Aemilian Schöpfer mit seinem Kreis, der vom weit verbreiteten „Tiroler Volksbote“ unterstützt wurde, weiterhin einem Anschluß ablehnend gegenüber.⁴⁹⁾ Und Schöpfer hatte viele Anhänger im Volk, gerade auch in Osttirol. So wurde wieder Osttirol zum Mittelpunkt einer parteipolitischen, diesmal einer innerparteilichen Auseinander-setzung.

Osttirol war seit dem Friedensschluß endgültig vom übrigen Tirol getrennt. Es war der Fall eingetreten, für den selbst die Tiroler Volkspartei von Anfang an einen Anschluß an Kärnten als beste Lösung angesehen hatte. Doch interessanterweise wird jetzt die Frage von keiner Seite mehr hochgespielt. Offenbar will man abwarten. Die Deutschfreiheitlichen hoffen immer noch auf einen baldigen Anschluß an Bayern. Ihnen hat sich jetzt in diesen Bestrebungen auch der größere Teil der Tiroler Volkspartei angeschlossen,⁵⁰⁾ während die Sozialdemokraten — gemäß Weisung aus Wien — nun nicht mehr viel davon wissen wollen.⁵¹⁾

Während in ganz Tirol langsam die Anschlußpropaganda abrollt — es geht dabei hauptsächlich um wirtschaftliche Erwägungen — beginnt Dr. Schöpfer bereits im Herbst 1919 seinen Gegenfeldzug. Das abgetrennte Osttirol nimmt in seiner Argumentation einen wichtigen Platz ein: Nordtirol dürfe sich nicht an Bayern anschließen, weil man sonst Osttirol zur Abtrennung geradezu zwingen und die Treue der Osttiroler zum gemeinsamen Vaterland schlecht belohnen würde. „Jene wenigen Lienz, die unter der Führung von Bürgermeister Rohrer den Anschluß an Kärnten bereits verlangt haben, abgerechnet, nimmt ganz Osttirol einmütig gegen die Vereinigung mit Kärnten Stellung; es erklärt, es wolle bei Tirol bleiben, wenn es auch heute auf der einen Seite durch italienisches Gebiet, auf der anderen Seite durch Salzburg von Nordtirol abgeschnitten ist.“⁵²⁾

Soweit Dr. Schöpfer. Auch der Lienz-er Gemeinderat nimmt am 11. April 1920 zur „Frage des wirtschaftlichen Anschlusses Tirols an Deutschland“ Stellung. Weil die Sozialdemokraten die Sitzung boykottieren, ist die Versammlung nicht beschlußfähig. Die beiden bürgerlichen Parteien geben daher lediglich in einer Entschliebung „ihrer Meinung Ausdruck“: „... Obwohl einstweilen vom übrigen Tirol durch die Abtrennung Deutsch-Südtirols räumlich getrennt, fühlt sich der Bezirk doch eins mit Nordtirol in dem Bestreben nach Vereinigung mit dem großen deutschen Mutterlande, weshalb auch die Vertretung der bürgerlichen Parteien im Gemeinderate von Lienz sich dem Verlangen nach der ehesten wirtschaftlichen Vereinigung mit Deutschland anschließt und die Landesvertretung auffordert, in diesem Sinne alle geeigneten Maßnahmen ohne Verzögerung zu treffen.“⁵³⁾

Kein Wort mehr von einer Vereinigung mit Salzburg oder Kärnten, man fühlt sich eins mit Nordtirol. Ist der Grund für diese Meinungsänderung im Lienz-er Rathaus lediglich darin zu suchen, daß jetzt die Tiroler Volkspartei den Ton angibt? Wahrscheinlich kommt dazu, daß ein Anschluß an Kärnten jetzt wegen der kritischen Situation dieses umkämpften Grenzlands nicht ratsam erscheint. Die Oberkärnten-Salzburg-Pläne der Freiheitlichen hat die Volkspartei auch als Alternativlösung nie erwogen.

Während die Zugehörigkeit zu Tirol also von keiner Seite mehr in Frage gestellt wird, wird Osttirol zum Mittelpunkt des Anschlußfrage-Streites innerhalb der Volkspartei. Der aus Sillian stammende Tiroler

Landeshauptmann Josef Schraffl, ein B.-fürworter des wirtschaftlichen Anschlusses an Bayern-Deutschland, kandidiert im Osttiroler Wahlkreis für die Nationalratswahlen von 1920. Gemäß den Möglichkeiten des damaligen Persönlichkeitswahlrechtes stellte sich als zweiter Volkspartei-Kandidat Dr. Schöpfer den Osttiroler Wählern. Beide stimmen ihre Wahlwerbung ganz darauf ab: Schraffl für — Schöpfer gegen den Anschluß. Am 17. Oktober 1920 entschieden sich die Wähler Osttirols mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen für Dr. Schöpfer, somit gegen den Anschluß!⁵⁴⁾

Daß kurz darauf in der „privaten“ Volksbefragung vom 24. April 1921 auch in Osttirol der weitaus größte Teil der Bevölkerung für eine Vereinigung mit Deutschland stimmt,⁵⁵⁾ zeigt nur umso deutlicher die immer unhaltbarer werdende wirtschaftliche Situation und die immer noch herrschende Unsicherheit über das weitere Schicksal der Heimat.

Eine Abtrennung des Bezirkes Lienz von Tirol stand bei dieser Abstimmung des Jahres 1921 nicht zur Debatte, wie ja überhaupt — es sei nochmals erwähnt — solche Tendenzen gerade in dem Augenblick verstummten, als die Zerreißen Tirols Wirklichkeit geworden war. Fast scheint es so, daß weniger die drohende Gefahr als vielmehr das bereits hereingebrochene Unglück das einigende Band endgültig festigen konnte. Davon abgesehen entspricht es den historischen Tatsachen, daß der weitaus überwiegende Teil der Osttiroler Bevölkerung — einschließlich der Bewohner von Lienz — sich Absonderungsbestrebungen gegenüber von Anfang an ablehnend verhalten hat.

Quellennachweis:

- 20) Siehe dazu die „Lienz-er Nachrichten“ vom November 1918 bis Jänner 1919. Außerdem: Hans Waschgl: Der Lienz-er Nationalrat 1918—1919, in: Osttiroler Heimatblätter 36. Jg., Nr. 10 (31. X. 1968).
- 21) Über den Lienz-er Nationalrat: Waschgl, a. a. O. und Josef Walder: Der Lienz-er Nationalrat 1918—19, in: Osttiroler Heimatblätter 22. Jg., Nr. 12 (30. XII. 1954) und 23. Jg., Nr. 1 (27. I. 1955).
- 22) Ein zur Regelung rechtlicher und finanzieller Fragen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bezirksnationalrates entstanden waren, eingesetzter Liquidierungsausschuß hielt am 24. September 1919 seine letzte Sitzung. („Lienz-er Zeitung“ vom 28. IX. 1919).
- 23) „Lienz-er Nachrichten“ vom 10. XII. 1918. Bei Waschgl, a. a. O., nicht abgedruckt.
- 24) Der Brief mit Datum vom 13. Dezember 1918 liegt samt Antwort (Gemeinde sei durch Nationalrat in keiner Weise belastet, verkehre ohnehin mit der Bezirkshauptmannschaft usw., Datum vom 16. Dezember 1918) im Lienz-er Stadtarchiv; Faszikel N der Aktenbündel, die nach Stichworten völlig unübersichtlich geordnet verschiedenartigstes Material enthalten. — Dr. Mayr hat diese seine Ansicht auch in öffentlich zugänglichen Versammlungen des Bezirksnationalrates geäußert, was größte Empörung ausgelöst hat. („Lienz-er Nachrichten“ vom 27. XII. 1918 und vom 28. II. 1919, beide Artikel abgedruckt bei Waschgl, a. a. O.).
- 25) Siehe auch Anm. 5 und unten!
- 26) „Lienz-er Nachrichten“ vom 18. II. 1919 und 21. II. 1919.
- 27) „Lienz-er Nachrichten“ vom 11. III. 1919; siehe auch unten!
- 28) Vgl. Forcher, a. a. O., Folge 7 und 8.
- 29) Über diese Sitzung: Protokoll (Lienz-er Stadtarchiv) und „Lienz-er Nachrichten“ vom 11. III. 1919. Die kurz darauf wieder erscheinende „Lienz-er Zeitung“ geht auf den Verlauf der Sitzung und dort gefallene Äußerungen nicht mehr ein, sondern veröffentlicht lediglich die Resolution.
- 30) „Lienz-er Zeitung“ vom 15. III. 1919. Dies ist die erste Nummer dieses „Deutschfreiheitlichen Wochenblattes“, nachdem die Zeitung Ende Mai 1915 eingestellt hat werden müssen. Herausgeber und verantwort. Redakteur ist J. A. Rohrer, gedruckt wird das Blatt bei Mahl in Lienz. Als Mahl Ende 1919 den weiteren Druck der Zeitung nicht mehr übernimmt, wird sie wieder eingestellt. Die „Lienz-er Zeitung“ verfolgte natürlich eine stets scharf bis radikal formulierte deutschfreiheitliche Politik. Ihre Existenz garantierte intensivere par-

- teipolitische Auseinandersetzungen, weil den christlichsozialen „Lienz-er Nachrichten“ ihre Monopolstellung genommen war. Andauernde Pressefehden waren die Folge. Publizistisch gesehen ist die „Lienz-er Zeitung“ wegen ihrer pointierten Schreibweise und wegen ihres ausgesprochen lokalpolitischen Charakters sehr interessant. — Im übrigen wird noch vor der Einstellung der „Lienz-er Zeitung“ der Druck der „Lienz-er Nachrichten“ von der Firma Mahl übernommen.
- 31) Walter Goldinger, a. a. O., S. 68 f.
 - 32) „Lienz-er Zeitung“ vom 15. III. 1919.
 - 33) „Lienz-er Nachrichten“ vom 11. III. 1919 und folgende Nummern.
 - 34) Vgl. Forcher, a. a. O., Die Zeitungen aller Richtungen waren sich hierin ähnlich.
 - 35) „Lienz-er Zeitung“ vom 5. IV. 1919.
 - 36) u. a. Ebenda.
 - 37) „Lienz-er Nachrichten“ vom 11. III. 1919.
 - 38) „Lienz-er Zeitung“ vom 5. IV. 1919.
 - 39) „Lienz-er Nachrichten“ vom 11. III. 1919.
 - 40) „Lienz-er Zeitung“ vom 22. III. 1919.
 - 41) „Lienz-er Zeitung“ vom 15. III. 1919 und „Lienz-er Nachrichten“ vom 18. III. 1919. Als Vertreter der Tiroler Volkspartei erklärt Ausschußmitglied Henggi sein Bedauern über den Rücktritt, denn Oberhuber habe allseits Vertrauen besessen, was gerade jetzt besonders wichtig sei, wo die Zusammensetzung des Gemeindeforschusses nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche. Auch Ausschußmitglied Idl bedauert im Namen der Sozialdemokraten den Schritt Oberhubers.
 - 42) „Lienz-er Zeitung“ vom 22. III. 1919.
 - 43) Ebenda.
 - 44) Ebenda.
 - 45) „Lienz-er Nachrichten“ vom 17., 20. und 24. VI. 1919; „Lienz-er Zeitung“ vom 21. VI. 1919.
 - 46) „Lienz-er Nachrichten“ vom 19. XI. 1919; „Lienz-er Zeitung“ vom 22. XI. 1919.
 - 47) Forcher, a. a. O., 8. und 9. Folge.
 - 48) Ebenda und Goldinger, a. a. O., S. 65 ff. und S. 94 ff.
 - 49) Anton Klotz: Dr. Aemilian Schöpfer. Priester und Volksmann, 1936, S. 248 ff.
 - 50) Siehe oben!
 - 51) Siehe Anm. 53!
 - 52) „Allgemeiner Tiroler Anzeiger“ vom 20. IX. 1919.
 - 53) Aus den Protokollen (Stadtarchiv Lienz).
 - 54) Klotz, a. a. O., S. 257 ff., besonders 266—269.
 - 55) „Allgemeiner Tiroler Anzeiger“ vom 25. IV. 1921.